

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Erfassliste) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Wefenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion.

Die gegenwärtige Güterherstellung und Güterverteilung wird durch einen maßlos übertriebenen Protektionismus gekennzeichnet. Eine Folge des Krieges und der gefährlicheren Bruder eines fast grotesken Nationalismus ist die Begünstigung der Wirtschaft durch Unterstüßungen aus dem Staatsfädel (Subventionen) und durch die Gesetzgebung, insbesondere durch die Zollpolitik, worauf der moderne Wirtschaftsprotektionismus beruht, für die Lebenshaltung der europäischen Völker eine verhängnisvolle Gefahr. Der Protektionismus ist ohne Zweifel eins der Uebel, aus dem die Notlage der Wirtschaft fast aller europäischen Staaten entspringt. Er erhöht künstlich den gesamten Preisstand, belastet die Kaufkraft der großen Verbraucherschichten, drückt ihren Lebensstandard herab, führt Absatzrückungen der erzeugten Güter herbei, lähmt den Produktionsapparat und macht die Wirtschaftskrise in Europa zum Dauerzustand. Wenn wir die Desorganisation in der Warenproduktion und der Warenverteilung nicht überwinden, wenn wir vor allem die wirtschaftliche Abschmürung der einzelnen Staaten durch die wahnwitzige Schutzollpolitik nicht beseitigen, dann ist der weitere Niedergang Europas in der Welt die unausbleibliche Folge. Diese Erkenntnis hat in allen Kreisen und in allen Ländern zu der Ueberzeugung geführt, die künstlich geschaffenen wirtschaftlichen Fesseln zu beseitigen, um die Kräfte der europäischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft einzuflechten. Der Niedererschlag dieser Erkenntnis ist die Idee und die Bewegung, die auf die Errichtung einer europäischen Zollunion hingedelt.

Die europäische Zollunion wurzelt in der Tatsache der Solidarität aller Völker. Einstmals geeignet als die vermeintliche fixe Idee überspannter Wirtschaftstheoretiker und blutarmen Pazifisten, ist sie heute, nachdem die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz in Genf getagt hat, in den Abschnitten ihrer Verwirklichung getreten. Dieser Abschnitt wird von Bedeutung durch die Beteiligung der internationalen Gewerkschaften. So hat der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam vor gut einem Jahre eine Kundgebung erlassen, in der es hieß, daß fast in allen europäischen Ländern eine protektionistische Handelspolitik getrieben wird, die alle europäischen Länder gegeneinander abschließt, statt sie zu einen. Die Kundgebung rief dazu auf, in allen Ländern die Schutzollpolitik zu bekämpfen, deren Folge Verteuerung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit sind. Sie empfahl einen allgemeinen Abbau der Zölle mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe hat, der internationalen Rohstoffverteilung und dem freien Zugang zu allen Märkten der Welt die Wege zu ebnet. Dieser theoretischen Festlegung der Gewerkschaftsinternationale ist die praktische Arbeit durch Mitarbeit an allen jenen Plänen gefolgt, deren ernstes Ziel im Sinne einer Hilfskonstruktion die europäische Zollunion ist. An der Genfer Tagung selbst hat seitens der deutschen Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kollege Eggert teilgenommen. Eggert hat nun seine Ansichten über die Rekonstruktion der europäischen Wirtschaft und der Warenverteilung in Europa in einem trefflichen Aufsatz: „Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion“ niedergelegt, der in einigen Wochen als Teil eines sicher Aufsehen erregenden Buches: „Europäische Zollunion“ in Hobbing's Verlag, Berlin, erscheinen wird. Es sind erste Autoritäten, die in diesem Buche ihre Ansichten über das Wirtschaftswesen in Europa niederlegen. Die Arbeit Eggerts dürfte die Gewerkschaftler aber besonders interessieren, weil er die Stellung einer der ersten Wirtschaftskräfte, der Gewerkschaften, zur europäischen Zollunion behandelt.

Auf Grund des bereits oben Gesagten ist die Einstellung der Gewerkschaften zur europäischen Zollunion gegeben. Schon im Dezember 1924 und im Januar 1925 haben gelegentlich der damals schwebenden Handelsvertragsverhandlungen Zusammenkünfte zwischen deutschen und französischen und belgischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden. Sie

verständigten sich unter anderm dahin, mit allen Kräften die Zollfreiheit für die internationalen Verkehrswege zu fördern und in ihren Ländern alle Bestrebungen scharf zu bekämpfen, die auf handelspolitische und wirtschaftliche Feindschaft hinauslaufen. Will die europäische Zollunion gegenüber der Welt eine solche freihändlerische Politik treiben, dann kann ihr die moderne Gewerkschaftsbewegung manche Schwierigkeiten überwinden helfen. Nicht umsonst hat der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund seine 16,5 Millionen Mitglieder zumeist in den europäischen Ländern. Sollte aber die europäische Zollunion gegenüber der Weltwirtschaft sich schutzöllnerisch abschließen wollen, anstatt das große Ziel der Einheit mit ihr anzustreben, dann müßten die Gewerkschaften sicherlich gegen sie Stellung nehmen und sie bekämpfen. Das ist die große Grundlinie, die Eggert in seinem Aufsatz, entsprechend der Natur der europäischen Gewerkschaftsbewegung, betont. Bezüglich der Frage, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege die europäische Zollunion erreicht werden kann, warnt er vor der Vorstellung, daß die Vertreter der sämtlichen beteiligten Länder am Konferenztisch den Beschluß fassen, die zwischen den Ländern aufgerichteten Zollschranken schnell zu beseitigen. Wahrscheinlicher ist es ihm schon, daß sich unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, der die Idee der Zollunion überhaupt erst reifen und in den Abschnitten ihrer Verwirklichung treten ließ, zunächst erst einige Staaten entschließen, miteinander eine Zollunion einzugehen, der sich dann im Laufe der Zeit die übrigen Länder angliedern. Der Gedanke ist richtig. Selbst eine wirtschaftliche Vereinigung von nur zwei führenden Ländern würde in das wirtschaftliche Leben so tief eingreifen, daß allerdings dieser Schritt auch erst nach einer gewissen Schonzeit für die Wirtschaft vollzogen werden könnte; er ist aber nicht nur von propagandistischer Wirkung, sondern löst auch Wirtschaftsnöwendigkeiten aus, die die Plattform der europäischen Zollunion abgeben müssen. Ausschlaggebend ist die Kleinarbeit, und die wirksamsten Mittel und der Weg zur europäischen Zollunion dürfte nur in der Handelspolitik gefunden werden können. Eggert legt in seinem Aufsatz die Auffassung dar, daß das gegenwärtig gebräuchliche Prinzip der Meistbegünstigung sich aber als ein Hindernis für die radikale Verbesserung der Arbeitsteilung in den Handelsvertragsverhandlungen erweist. Den Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sieht er aber darin, daß man an Stelle der lediglich zwischen zwei Staaten abzuschließenden Handelsverträge die umfassendere Zollkonvention setzt. Bei solchen Konventionen wären all diejenigen Staaten zusammenzufassen, die für bestimmte wirtschaftliche Gebiete gleichgerichtete Interessen haben oder deren Interessen aus einem einheitlichen Gesichtspunkt heraus im Sinne eines umfassenderen Wirtschaftsplans ausgeglichen werden müßten.

Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsunion bedingt eine riesenhafte Verschiebung der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse. Mit ihr ist unter anderm eine Uebertragung des gegenwärtig in Deutschland zu beobachtenden Rationalisierungsprozesses mit seinem gewiß in der Uebergangszeit unerfreulichen Begleiterscheinungen der Absatzrückung und der Arbeitslosigkeit in europäisches Format verknüpft. Opfer dieser Bewegung ist die Arbeiterschaft. Deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß der Kollege Eggert in seinem Aufsatz ganz bestimmte Forderungen der Gewerkschaften gegenüber der europäischen Zollunion festlegt.

Es entsteht vor allem die Frage, wie die sozialen Verhältnisse des einen Landes auf diejenigen des sozial höher entwickelten Landes wirken, da der Fortfall der Schutzschranken in Form von Zöllen usw. die unlautere Konkurrenz desjenigen Landes mit wenigen sozialen Verpflichtungen, mit längerer Arbeitszeit, niedrigeren Reallohnen bedeutet. Eggert fordert hier die unbedingte Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes als gleichmäßige Grundlage des Wettbewerbes, insbesondere die einheitliche Begrenzung der Arbeitszeit. Das wäre vorerst aber nur eine formale Sicherung des sozial höher entwickelten Landes und des Lebensstandards und der Kulturstufe seiner Arbeiterschaft. Ergänzt muß diese Sicherung werden, indem man den Zu-

strom und Abstrom von Arbeitskräften nach den Arbeitsmöglichkeiten in den verschiedenen Staaten der Zollunion, für die der Standort der Industrie entscheidend ist, regelt. Die Arbeiterwanderung, die natürlich in der europäischen Zollunion ein besonderes Problem werden dürfte, darf, wie Eggert doppelt betont, nicht unregelmäßig bleiben, damit die Arbeiter der bisher zurückgebliebenen Länder nicht etwa das Niveau in den fortgeschrittenen Ländern herabziehen; vielmehr müssen umgekehrt insbesondere die Lohnverhältnisse der zurückgebliebenen Länder zu dem Stand der fortgeschrittenen hinaufentwickelt werden. Als allgemeine Richtlinie für die Arbeiterwanderung muß daher der Grundsatz aufgestellt werden, die Zuwanderungen nicht plötzlich, sondern etappenweise erfolgen zu lassen, so daß die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt der industriellen Länder die Zuwanderung ohne Druck auf das allgemeine Lohnniveau aufnehmen können. Voraussetzung für die ganze Entwicklung ist aber die Freizügigkeit des Arbeiters, das Recht, wie die Produktionsstätten die Grenzen der Länder in der Union überschreiten, dasselbe zu tun. In welchem Land der Arbeiter der kommenden Zollunion auch seine Arbeit aufnehmen mag, muß ihm das Koalitionsrecht, das Recht der Teilnahme an Vereinen, Versammlungen, Streiks und beruflichen Vertretungen wie dem Bürger des betreffenden Landes gewährt werden, wie an und für sich die Arbeitsnachweisung großzügig in den Bundesländern organisiert und der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge dem Rationalisierungsprozeß in der europäischen Zollunion seine Schärpen nehmen muß.

Europäische Zollunion — das ist nicht nur eine Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa; sie ist auch die Vorhalle einer besseren Wirtschaftsordnung im sozialistischen Sinne. Wenn die internationalen Gewerkschaften bewußt in die Entwicklung der europäischen Zollunion eingegriffen haben, dann wird es nicht nur möglich sein, in der Vereinheitlichung und im Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes, der Festlegung des Koalitionsrechtes und der Freizügigkeit die Existenzgrundlage des europäischen Arbeiters in der Zollunion zu schaffen, sondern auch das sozialistische Ideal des europäischen Arbeiters zu verwirklichen.

Die vierte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Am 9. und 10. Juli fand im Volkshaus in Düsseldorf eine Sitzung des Bundesausschusses statt. Leipzig eröffnete die Tagung und begrüßte die zum erstenmal zu einer Sitzung des Bundesausschusses erschienenen Vertreter der Behörden. Die Gewerkschaften müßten Wert darauf legen, daß vor allem die Vertreter der interessierten Reichsbehörden nicht nur alle 3 Jahre einmal zu den Gewerkschaftskongressen die Gäste der Gewerkschaften sind, sondern daß auch außerdem in dringenden Fällen Gelegenheit geboten werde, zu einem Meinungsaustausch zwischen den Beauftragten der organisierten Arbeiterschaft und den Vertretern der Regierung. Leipzig begrüßte im einzelnen den Reichsarbeitsminister Dr. Curtius und den als Vertreter des Reichsarbeitsministers erschienenen Ministerialdirektor Dr. Weigert, den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Schrup, den Regierungspräsidenten Bergemann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, und den Landeshauptmann, Dr. Horion sowie Professor Dr. Schloßmann, den Leiter der Geolei.

Damit der wesentliche Zweck der gegenwärtigen Tagung des Bundesausschusses deutlich in den Vordergrund rücken möge, schlug Leipzig vor, den Bericht des Bundesvorstandes zurückzustellen und sofort mit der Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge“ zu beginnen. Die Gewerkschaften haben, fügte Leipzig hinzu, längst auf die Dringlichkeit des Problems der Arbeitslosigkeit hingewiesen, aber nun beschäftigt sich in letzter Zeit die gesamte Öffentlichkeit mit außerordentlichem Eifer mit dieser Frage, worin ein Zeichen dafür zu erblicken sein dürfte, daß die Erkenntnis vom Ernst der Lage des Arbeitsmarktes sich verbreitet. Der Bundesvorstand werde bei dieser Gelegenheit über seine Bemühungen in dieser Frage berichten. Leipzig wies dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmend war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht nur Schaulust führe die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellungstadt, sondern der Bundesaus-

schuß will durch seine Anwesenheit das starke Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung bekunden und zugleich die Größe der Arbeiterschaft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Der Bundesauschuß möge zum Zeichen dieses Interesses und zum Ausdruck dieses Grußes folgende Entschließung annehmen:

„Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen hat den Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallschutzes dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesauschuß begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Werk dieser Ausstellung, an deren Entstehen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesauschuß das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so gibt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schweren Zeiten dieser Geist nicht verlorengehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Erhaltung und Pflege der Arbeitskraft mehr als bisher erkannt werden wird. Nicht zuletzt erwartet der Bundesauschuß diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungsstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für das Volk's Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.“

Sodann begannen die Beratungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Als Berichterstatter erhielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Broeder, das Wort. Er führte aus: „Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die pessimistischsten Erwartungen übertroffen. Die Frühjahrskonjunktur für Baugewerbe und Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinflussung des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2 068 835, sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2 017 461, am 15. April auf 1 883 626, am 15. Mai auf 1 734 429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1 749 111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen unter Einrechnung der Nichtunterstützten ist noch um 25 bis 30 % höher zu schätzen. Die Zahl der Ausgesetzten braucht noch nicht allzu hoch angenommen zu werden, doch waren am 15. Juni bereits 276 000 Erwerbslose über 6 Monate und 856 000 über 3 Monate unterführt. Am schwersten betroffen sind immer noch: das Baugewerbe mit nach der freigewerkschaftlichen Statistik 22,9 % Arbeitslosen, Bekleidungsarbeiter mit 23,2 %, Zementarbeiter mit 19,9 %, Gutarbeiter mit 36,4 %, Schuhmacher mit 32,3 %, Lederarbeiter mit 25,2 %, Sattler und Portefeuliers mit 31,7 %, Tabakarbeiter mit 87,8 %, bei den Metallarbeitern schließlich 20,6 % und bei den Holzarbeitern 24,9 %. Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Vollerwerbslosen. Nach dem Regierungsvorschlag sollten 4 Einheitslohnklassen mit dem Wochendurchschnittslohn von 12 M., 15 M., 21 M. und 33 M. eingeführt werden. Von dem Einheitslohn sollte der Ledige 40 %, der Erwerbslose unter 18 Jahren in den oberen Klassen nur 35 % erhalten, der Familienzuschlag sollte für Frau und Kinder je 5 %, die Gesamtunterstützung im Höchsthalle 65 % des Einheitslohnes ausmachen. Die Durchführung dieses Vorschlages hätte eine generelle Verschlechterung der geltenden Unterstützungssätze bedeutet. Die Gewerkschaften schlagen demgegenüber als Einheitslohnklassen folgende 8 vor: 12 M., 15 M., 21 M., 27 M., 35 M., 45 M., 55 M. und 65 M. Als Unterstützung sollten in den untersten Klassen 1 und 2 60 % des Einheitslohnes und für die Klassen 3 bis 8 50 % gelten. Als Familienzuschlag sollten 7 1/2 % für die Frau und für jedes Kind gewährt werden, die Gesamtunterstützung sollte im Höchsthalle 80 % betragen. Inzwischen gilt es, auf dem Boden des bestehenden Systems an der Verbesserung der Unterstützung weiterzuarbeiten. Die Verlängerung der Geltungsdauer der heutigen Sätze bis zum 27. November dieses Jahres kann nicht genügen. Eine Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Ebenso ist es notwendig, daß die Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt wird, da sonst die Fürsorge für die Ausgesetzten die Gemeinden zu stark zu belasten droht. Die seit dem 20. Februar dieses Jahres geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge muß als gänzlich unzureichend bezeichnet werden. Vor allen Dingen ist es ungedruckt, daß der 1. und 2. ausfallende Arbeitstag in einer Woche überhaupt nicht entschädigt wird. Der Kurzarbeiter sinkt infolgedessen häufig unter die Bezüge des Vollerwerbslosen. Als eine besonders wichtige Aufgabe wird von den Gewerkschaften die Vermehrung der produktiven Arbeiten bezeichnet. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist von 170 000 am 15. Mai auf 154 000 am 15. Juni gesunken. Sie müßte aber um ein erhebliches vermehrt werden. Gegenüber der Masse der Erwerbslosen sowohl als auch gegenüber der gesamten Öffentlichkeit erklären die Gewerkschaften, daß bei ihnen dieser feste Wille vorhanden ist und daß sie ihren Einfluß bis zum letzten einsetzen werden, um der Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu dienen.“

Alsdann ergriff der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zu den im Referat behandelten Fragen das Wort. Er führte dabei folgendes aus: Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Krise, das die verantwortungsvollste Beachtung der deutschen Wirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung unter Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angehts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmnisse bei der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuß eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Länderregierungen gewährleistet. Der Minister ging sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein, die von der Reichsregierung bereits im letzten halben Jahre beschlossen und in der Durchführung begriffen sind,

sich teilweise aber erst jetzt und in den kommenden Monaten auswirken werden. Die bisherigen Maßnahmen lassen sich bei systematischer Betrachtung in 5 Gruppen teilen. Zunächst einmal galt es selbstverständlich, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsetzen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, und diese Maßnahmen bilden die 2. Gruppe, durch beschleunigte und vermehrte Vergabe öffentlicher Aufträge wenigstens einzelnen Industrien in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten zu beschaffen. Die Maßnahmen der 3. Gruppe umfassen die Eingabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der 4. Gruppe um die Gewährung von Krediten der öffentlichen Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt. Die Maßnahmen der 5. Gruppe schließlich entspringen nicht nur der gegenwärtigen Krise, sind vielmehr auf längere Sicht gestellt, indem sie zum Beispiel den Auslandsablaß der deutschen Wirtschaft zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erschließen wollen oder durch Senkung der Produktionskosten in Richtung einer Erleichterung der Wirtschaftslage wirken. Was zunächst die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge betrifft, so hat mein Vordredner bereits anerkannt, daß die Zahl der Notstandsarbeiten seit dem Einsetzen der Krise bis zum 15. Mai ständig und regelmäßig gestiegen ist. Es waren am 15. Mai über 170 000 Arbeiter in Notstandsarbeiten beschäftigt, eine Ziffer, die bisher von keinem Lande in der Welt erreicht worden ist. Wohl hat sich diese Ziffer am 15. Juni etwas gesenkt. Im Rahmen des neuen Programms wird aber dafür gejorgt werden, daß sie wieder erreicht und wesentlich überschritten wird. Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Die 200 Millionen Zwischenkredit für erstellende Hypotheken habe ich bereits erwähnt. Der preussische Wohlfahrtsminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen — bei den andern Ländern liegt es anders — die Stauung des Wohnungsbaues nicht auf den Mangel an erstellenden Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Die bereitgestellten Mittel der Hauszinssteuer reichen nicht aus, um die 100 000 Bauarbeiter in Preußen zu beschäftigen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereitgestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt, zumal auch die Industrie, die bisher mit Bauten zurückgehalten hat, nach den Umorganisationen neue Bauaufträge herausgeben wird. Darüber ist die Reichsregierung einig, daß wir schon jetzt in diesem Jahre Vorjorge für die Aufstellung eines einheitlichen Bauprogramms für die kommenden Jahre treffen müssen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius betonte Dr. Weigert, als Vertreter des Reichsarbeitsministers, den festen Willen des Ministers und der Reichsregierung, die Arbeitslosenversicherung in diesem Winter zur gesetzlichen Regelung zu bringen. Der Entwurf hat gerade jetzt den Arbeitsauschuß des Reichswirtschaftsrats passiert. Er soll noch im Herbst dem Reichsrat und dann dem Reichstag zugeleitet werden. Dr. Weigert ist der Meinung, daß eine Arbeitslosenversicherung auch in Zeiten großer Arbeitslosigkeit lebensfähig ist, solange nur die Fluktuation unter den Arbeitslosen aufrechterhalten wird. Der Redner wandte sich dann zu der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge. Er erklärte, daß die Reichsregierung bei ihren Bemühungen um ein Lohnklassensystem in der Erwerbslosenfürsorge niemals auf einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung ausgegangen sei. Sie habe nur die Unterstützung auf die natürliche Gliederung der Arbeiterschaft und an ihren verschiedenen Lebensstandards anpassen wollen. Der Entwurf der Reichsregierung sei nicht ihr letztes Wort, sondern nur eine Verhandlungsgrundlage gewesen. Die Frage habe jetzt durch die Erhebung, die auf gesetzlicher Grundlage stattfinden soll, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Im Anschluß daran betonte Dr. Weigert, daß, natürlich von einzelnen Fällen abgesehen, die sehr zu bedauern sind, weil sie Anlaß zu berechtigten Verallgemeinerungen geben, die Erwerbslosenunterstützung den Arbeitswillen nicht beeinträchtigt. Er wies zum Beweise auf den starken Rückgang der Erwerbslosigkeit in den agrarischen Bezirken hin und auf die schon mehrfach besprochene starke Fluktuation unter den Erwerbslosen. So waren am 15. Juni von der mehr als 1 Million Arbeitslosen, die am 15. Dezember unterstützt worden waren, nur noch ein Viertel in der Unterstützung. Alle andern hatten wenigstens vorübergehend Arbeit gefunden. Das Verdienst an dieser Entwicklung ist nach der Auffassung des Redners zu einem wesentlichen Teile den öffentlichen Arbeitsnachweisen zuzuschreiben, die allein im Mai, trotz der wirtschaftlichen Depression, mehr als 400 000 Vermittlungen vollzogen haben.

Dißmann eröffnete die Debatte. Die Arbeitslosenfrage sei, führte er aus, das Kernproblem auf Jahre hinaus. Dischmann bedauert, daß die Einführung des Lohnklassensystems in der Erwerbslosenunterstützung überhaupt erst zur Erörterung gestellt worden ist. Gegen den Entwurf der Regierung über eine Arbeitslosenversicherung macht er — neben andern Einwendungen, die er erhebt — vor allem geltend, daß sie mit einer zu geringen Zahl von arbeitslosen Versicherungsempfängern rechnet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm dürfe nicht unter dem Gesichtspunkt sogenannter „Notstandsarbeiten“ betrieben werden; denn die vorgesehenen Arbeiten sollen nicht nur der Unterbringung Arbeitsloser dienen.

Paeplow brachte zum Ausdruck, daß es erfreulich wäre, wenn es gelänge, das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Auf die Lage der Baugewerbe übergehend, erwähnte er, daß selbst im Hochsommer 25 % Bauarbeiter arbeitslos seien. Das habe nachteilige Wirkungen für viele Industrien, die, wie die Kunststoffindustrie, von der Bautätigkeit abhängig seien. Es hätten Steuermittel vorhanden sein müssen, um die Bautätigkeit in Fluß zu bringen; statt dessen beachten wir eine steigende Wohnungsnot. Die Lage werde verschärft, weil die bestehenden Wohnungen trotz großer Reparaturbedürftigkeit nicht ausgebaut werden. Das gleiche gelte für den Straßenbau und die Eisenbahn; hier sei Arbeitsmöglichkeit in großem Umfang gegeben. Man müsse

verwundert sein, daß man diese Schlüsselgewerbe so habe verfallen lassen. Die Bauarbeiter waren nie voll beschäftigt. Man habe anscheinend sogar eine gewisse Angst vor solcher Vollbeschäftigung, weil man davon Lohnforderungen befürchte. Wenn es der Regierung nicht gelingt, eine Organisierung der Bautätigkeit auf lange Sicht zu erreichen, so werde der gegenwärtige höchst unbefriedigende Zustand noch lange bestehen bleiben. Paeplow wandte sich auch dagegen, daß die arbeitslosen Bauarbeiter schlechter behandelt werden, als die andern Arbeitslosen.

Gertrud Hanna erinnerte daran, daß die erwerbslose Frau die größte Not zu tragen habe. Viele erwerbslose Frauen werden als „nicht bedürftig“ vom Empfang der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen.

Simon begrüßte es, daß die Regierung erkennt, wie notwendig es ist, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Von einer Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms könne er sich Verbesserungen auch für die Schuhindustrie versprechen; denn die Durchführung des Programms werde zur Hebung der Konsumkraft der Massen beitragen, und die mangelnde Konsumkraft sei es vor allem, worunter die Schuhindustrie leidet. In der Schuhindustrie seien Betriebe vorhanden, in denen seit Monaten nur 8 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Es sei zu begrüßen, daß die Möglichkeit gegeben ist, auch im Kreise des Bundesauschusses über diese brennend wichtigen Fragen mit der Regierung zu beraten. Simon erwartet davon eine starke Wirkung.

Larnow: Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm die Wiederbeschaffung normaler Arbeitsgelegenheit bewirkt werde. Die Arbeiterschaft begrüße jede normale Arbeitsgelegenheit mit viel größerer Freude, als selbst die besten Unterstützungen. In der deutschen Wirtschaftspolitik fehle es an einer eindeutigen wirtschaftspolitischen Richtlinie. Ist es nicht ein Wahnsinn, fragte Larnow, daß das in der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommende Glend daher rühre, daß die Menschheit eine zu große Produktionskraft einsetzt habe? Das Uebel, woran wir leiden, sei eine Differenz zwischen der Produktionskraft auf der einen und der Konsumfähigkeit auf der andern Seite. Es fehle nun in der Wirtschaftsführung an der wirtschaftspolitischen Richtlinie, die geeignet sei, diese Differenz zu überbrücken. Das könne nur durch eine Steigerung der Konsumkraft, auf keinen Fall durch eine Verminderung der Produktionsfähigkeit geschehen. Die vom Unternehmertum verfolgte Forderung der Löhne bedeute das Gegenteil von dem, was erforderlich ist. Dieses Verhalten der Arbeitgeber sei die wichtigste Ursache für die Katastrophe der deutschen Wirtschaft. An die Herren von der Regierung richtete Larnow die Aufforderung, eine Aktion zur Stärkung der Massenkaufkraft einzuleiten, indem sie das wirtschaftspolitische Bewußtsein und die wirtschaftliche Vernunft des Unternehmers wachrühten.

Leipart stellte als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den anwesenden Vertretern der Verbandsvorstände Übereinstimmung darüber bestehe, daß die Gewerkschaften auch angehts der Erklärungen der Regierungsvertreter festhalten müßten an ihrer Entschlossenheit, möglichst schnell große Taten zu fordern. Es bestehe auch keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation. In der Vergangenheit sei den Mahnungen der Vertreter der Arbeiterschaft leider nicht die Beachtung geschenkt worden, die sie hätten erwarten dürfen. Er glaube, daß der Bundesauschuß aus den Erklärungen der Regierungsvertreter herausgehört haben möchte, daß dieser Zustand vorüber sei. Mit Genugtuung könne der Bundesauschuß Kenntnis nehmen von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Reichsregierung bereits Beschlüsse gefaßt habe, die den Anfang einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellen. Auch vom Reichsarbeitsminister erwartete der Bundesauschuß, daß er den Worten Taten folgen lassen werde — Taten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle dienen mögen.

Die vorgelegte Entschließung zur Erwerbslosenfrage wurde in der Gesamtabstimmung ohne Widerspruch angenommen; sie hat folgenden Wortlaut:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.“

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheit in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Besehung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstag in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung von Werteschaffenden Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen. Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.“ (Schluß folgt.)

Unsere statistischen Feststellungen

vom 26. Juni 1926.

916 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 86 788 nachgewiesen, darunter 7762 Lehrlinge. Arbeitslos waren 18 989 oder 21,88 % und krank 1514 oder 1,74 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	51	2989	334	787	26
Brandenburg	105	10264	829	1639	227
Pommern	57	3331	404	628	50
Orenzmark	11	499	88	156	10
Schlesien	82	8388	1079	2565	126
Sachsen	76	5920	451	1416	113
Schleswig-Holstein	41	2746	285	572	51
Hannover	70	3921	220	808	48
Westfalen	29	1929	168	766	47
Hessen-Nassau	17	2783	125	847	62
Rheinland	26	3339	180	1077	69
Hohenzollern	1	10	2	4	—
Preußen	566	46119	4165	11265	829
Bayern	80	5816	412	1549	100
(Rheinpfalz)	6	228	30	40	11
Sachsen	62	15746	1659	2618	186
Württemberg	20	1709	63	104	51
Baden	14	1891	134	183	45
Thüringen	50	3714	288	1032	93
Hessen	12	1012	96	284	24
Mecklenburg-Schwerin	54	1867	176	321	44
Mecklenburg-Strelitz	8	238	22	30	9
Oldenburg	10	737	70	81	15
Braunschweig	13	706	51	158	18
Anhalt	10	684	59	121	11
Schaumburg-Lippe	3	144	12	38	8
Lippe-Deimold	3	85	11	37	—
Waldeck	—	—	—	—	—
Lübeck	1	464	48	134	7
Bremen	1	1121	78	123	16
Hamburg	2	3589	351	403	29
Deutsches Reich	915	85870	7725	18466	1496
Danzig	1	918	37	523	18
Insgesamt	916	86788	7762	18989	1514

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 29. Mai hat sich die Arbeitslosenziffer von 24,41 auf 21,88 % verringert und die Krankenziffer von 1,71 auf 1,74 % erhöht. 37 Zahlstellen haben nicht berichtet. Das Ergebnis vom 29. Mai stellt sich, nachdem noch 28 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 927 Zahlstellen mit zusammen 85 704 Mitgliedern, darunter 7578 Lehrlinge, waren 21 114 Mitglieder arbeitslos und 1483 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 31. Juli.

Wieder auf dem alten Flecke.

Der Kampf um die Fürstenabfindung im Reichstag ist wiederum ohne Entscheidung verlaufen. Die Reichsregierung hat ihren Kompromissentwurf ohne die Abstimmung des Reichstags abzuwarten, zurückgezogen. Nach den von der Sozialdemokratie wie von den Deutschnationalen abgegebenen Erklärungen, daß sie gegen den Entwurf stimmen würden, war keine Annahme freilich ausgeschlossen. Aber die Regierung hatte für den Fall des Nichtzustandekommens des Gesetzes die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie daraus die Konsequenzen ziehen werde. Dieses Versprechen hat die Regierung nicht eingelöst, sondern einen Rückzug vollzogen, der ihrem Ansehen wenig förderlich sein kann. So unerfreulich dieser Ausgang ist, so bedeutet er doch für die 14 1/2 Millionen deutscher Wähler, die beim Volksentscheid mit Ja stimmten, eine Genugtuung. Sie haben sich als die politisch Klügeren gezeigt. Dagegen sehen sich die übrigen Wähler, die im Vertrauen auf die von den Regierungsparteien und der Reichsregierung zugesicherte gerechte Lösung der Abfindungsfrage der Abstimmung fernblieben, aufs neue genarrt und in ihren Erwartungen betrogen. Sie werden mit der Entscheidung auf den Herbst verwiesen. Ob ihnen nun aufdämmern wird, wie wenig man auf solche Zusicherungen geben darf? Denn ob der Herbst eine Lösung bringen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Aus der Erklärung des Reichstagslers geht hervor, daß sich das Kabinett mit der Absicht trug, für den Fall des Nichtzustandekommens der für die Annahme des Gesetzes als erforderlich angesehenen Zweidrittelmehrheit den Reichstag aufzulösen. Nachdem aber sowohl die Sozialdemokratie als die Deutschnationalen das Gesetz ablehnten, hätte nach ihrer Ansicht eine Auflösung keine Klärung bringen können. Daraufhin sei die Regierung zum Rücktritt entschlossen gewesen, und nur auf den bringenden Wunsch des Reichspräsidenten habe sie davon Abstand genommen. Als besonders stichhältig ist diese Erklärung nicht zu betrachten. Sie ist der Ausdruck der Wahllangst der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen. Die 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen beim Volksentscheid redeten eine zu deutliche, nicht mißzuverstehende Sprache, der gegenüber der billige Trost, daß diese Massen lediglich durch die sozialdemokratische Agitation aufgehetzt waren, nicht beruhigen konnte. Diese Stimmen hätten sich bei Auflösung des Reichstages von neuem geltend gemacht und mit einem durch keinen Terror abzuwehrenden beträchtlichen Zuwachs sehr wesentlich zur Klärung der politischen Situation beigetragen, die bis jetzt nicht zu erreichen war. Diese Gelegenheit ist vorläufig verstreut. Die Regierung macht eine neue Initiative in der Fürstenabfindungsfrage im Wege der ordentlichen Gesetzgebung davon abhängig, daß die dazu erforderlichen parlamentarischen Voraussetzungen durch die politische Lage geschaffen werden.

Auf diese Weise ist wohl das Fürstenabfindungsgesetz erledigt, die Abfindungsfrage dagegen bleibt ungelöst. Daß inzwischen, mindestens bis zum September dieses Jahres, die Erledigung einer Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den ehemaligen Fürsten von den ordentlichen Gerichten unterbleibt, dafür hat der Reichstag durch die Annahme des Sperrgesetzes gesorgt. Dennoch kann dieser Ausgang des in den letzten Monaten alle Bevölkerungskreise erregenden Kampfes nicht befriedigen. Er hat sich im Kreise herum bewegt und ist dahin zurückgekehrt, von wo er seinen Anfang nahm. Nach monatelanger intensiver Agitation befinden wir uns auf dem gleichen Flecke und steht das deutsche Volk vor einer öden Leere. Soll das die Frucht der Anstrengungen bleiben, die um die Schaffung einer gerechten, dem Volksempfinden und der allgemeinen wirtschaftlichen Not entsprechenden Regelung der Fürstenabfindungsfrage unternommen wurden? Davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil: es muß mit noch stärkerem Nachdruck als bisher auf eine befriedigende Lösung hingedrängt und diese mit allen geeigneten Mitteln gegen die Passivität der Regierung erzwingen werden.

Daß der gegenwärtige Reichstag zu einer solchen Lösung nicht fähig ist, das haben die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen dieser Körperschaft zur Genüge bewiesen. Sowohl seine Zusammensetzung als die Einstellung der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung lassen hierin keine Wandlung erhoffen. Es ist daher so, wie die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag abgegebene Erklärung feststellt. Die Regierungsparteien haben ihre vor dem Volksentscheid abgegebenen Versprechungen nicht gehalten. Unter dem Druck ihres rechten Flügels lehnten sie fast alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge ab. Insbesondere lehnten sie es ab, die Auseinandersetzung mit den Fürsten unmittelbar durch Gesetz zu regeln, wollten sie die Entscheidung darüber einem Gericht übertragen, auf dessen Zusammensetzung der Reichstag ohne Einfluß bleiben sollte. Nicht einmal die Notwendigkeit wurde von ihnen anerkannt, dem Gesetz rückwirkende Kraft zu geben, bei der Trennung von Fürsten- und Staatseigentum dem Volke günstigere Grenzen festzusetzen, sowie Aufwertungen des Fürstenvermögens bis zu 1450 % auszuschließen. Das Mögliche werden einer solchen Ungeheuerlichkeit wurde zwar von deutschnationaler Seite bestritten und als sozialdemokratisches Phantasieprodukt hingestellt. Auf eine sozialdemokratische Anfrage mußte jedoch die Regierung diese Möglichkeit selbst zugeben, womit die deutschnationalen Behauptung als Schwindel entlarvt wird. Das sind Gründe, die eine andere als ablehnende Haltung zu dem Entwurf nicht zulassen und die Sozialdemokratie zwingen, von der Regierung wie von den Regierungsparteien die Erfüllung ihrer feierlichen Zusagen zu fordern.

Der im Herbst zusammentretende Reichstag wird sich von neuem mit der Abfindungsfrage beschäftigen müssen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich dann das alte Spiel wiederholt und so die Auflösung des Reichstages als einziger Ausweg übrig bleibt; denn um die Erledigung der Abfindungsfrage ist nicht herumzukommen. Das weiß man im bürgerlichen Lager nur zu wohl, weshalb dort starke Kräfte am Werke sind, im Wege des Kompromisses zu einer Einigung zu gelangen, entweder mit oder gegen die Sozialdemokratie. Graf Westarp hat deutlich genug zu erkennen gegeben, daß die Deutschnationalen gegen entsprechende Konzessionen zu einer Einigung bereit sind. Das ist selbstverständlich auch bei der Deutschen Volkspartei der Fall, aus deren Kreisen man sich bereits bitter darüber beklagt, daß Zentrum und Demokraten nicht sofort in die von den Deutschnationalen gebotene Hand einschlugen. Doch, was nicht ist, kann noch werden, und Zeit gewonnen, heißt für die bürgerlichen Parteien alles gewonnen. Auch sonst ist man nicht müßig, die Wege für einen Kompromiß zu ebnen. Dahin zielt unter anderem ein Antrag der deutschvolksparteilichen Fraktion im preussischen Landtag, der die Regierung ersucht, schleunigst Vergleichsverhandlungen mit den Hohenzollern aufzunehmen. Gelingen hier eine Verständigung, so ist man einem Kompromiß der bürgerlichen Parteien unter Ausschaltung der Sozialdemokratie sehr nahegerückt. In diesem Falle würde man auch die Formel finden, die dem Einwand einer Verfassungsänderung begegnet und für die Annahme des so zusammengebrachten Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit vermeidet, die ohne die Stimmen der Sozialdemokratie nicht ohne weiteres zu erlangen ist. Fraglich wäre in diesem Falle nur, ob ein derartiges Gesetz eine befriedigende Lösung bringen würde. Diese muß unter allen Umständen erfolgen!

Selbst von deutschvolksparteilicher Seite muß zugegeben werden, daß der Kompromißentwurf der Regierung nicht frei von Bedenken war und durch die paar Notkonzessionen an die Sozialdemokratie nicht besser geworden ist. Damit wird zugestanden, daß auch ein Kompromiß nicht weniger bieten darf. Hieran vermag die von den bürgerlichen Parteien betriebene Ermattungsstrategie nichts zu ändern. Ihre Hoffnung, daß die „Volksentscheidungsprozesse“ bis zum Herbst soweit verlaufen sein wird, um einer ruhigeren Stimmung für die Abfindungsfrage Platz zu machen, dürfte trügen. Dazu hat das Verhalten der Fürsten die Empörung des deutschen Volkes zu tief aufgerührt, als daß ihre Wogen so leicht berehben. Die Sozialdemokratie wird die kommenden Vorgänge sehr wachsam beobachten und ihre Maßnahmen zu treffen wissen, um mit oder ohne Auflösung des Reichstages in der Abfindungsfrage eine Regelung herbeizuführen, die den Ansprüchen des deutschen Volkes gerecht wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralverbandes.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen wurden in **Bad Karl Dannenfeld** (Verb.-Nr. 21374), in **Wschaffenburg August Stein** (Verb.-Nr. 98251) und in **Essen Johann Schröder** (Verb.-Nr. 28267) aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Die Erwerbslosenunterstützung, ihre Höhe und sonstige Regelung ist, außer im „Zimmerer“ Nr. 23, in dem Separatdruck 2 der Maquittung, die jeder Zahlstelle in zwei Exemplaren zugegangen ist, ausführlich behandelt. Die Auszahler oder Kassierer werden daher dringend ersucht, sich durch Einsichtnahme der bezeichneten Druckschrift zu informieren.

Die Skala über die vom 27. Juni an gültigen Beiträge ist im „Zimmerer“ Nr. 23 bekanntgegeben. Wir lassen dieselbe aber der Information halber noch einmal folgen:

Mitgliedsbeiträge.							
Beitr.-Klasse	Lohn	Zentralbeitrag	Lokalbeitrag	Beitr.-Klasse	Lohn	Zentralbeitrag	Lokalbeitrag
1	31—35	45	10	13	91—95	105	40
2	36—40	50	10	14	96—100	110	40
3	41—45	55	10	15	101—105	115	40
4	46—50	60	10	16	106—110	120	40
5	51—55	65	20	17	111—115	125	50
6	56—60	70	20	18	116—120	130	50
7	61—65	75	20	19	121—125	135	50
8	66—70	80	20	20	126—130	140	50
9	71—75	85	30	21	131—135	145	60
10	76—80	90	30	22	136—140	150	60
11	81—85	95	30	23	141—145	155	60
12	86—90	100	30	24	146—150	160	60

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß die neuen Satzungen in ungefähr 14 Tagen zum Versand gelangen. Adolf Römer, Kassierer.

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 1. Quartal 1926.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom Jahre 1925	565 952,90 M.
„ Lokalfondswochenbeiträgen	219 347,60 „
„ sonstigen Eingängen	101 081,66 „
Summa	886 382,16 M.

Ausgaben.

Für örtliche Aufwendungen insgesamt	469 033,27 M.
Vermögensbestände am Quartalschluß	417 348,89 „
Summa	886 382,16 M.

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom Jahre 1925	655 363,19 M.
„ Guthaben in diversen Zahlstellen	509 923,39 „
„ Zentralfondswochenbeiträgen	509 477,47 „
„ Extrabeiträgen (Neste von 1924)	1 521,80 „
„ Zentralfondswochenbeiträgen	55 929,— „
„ Literatur	455,16 „
„ Bücherfütteralen	190,65 „
„ Kolportagemarken (Druckkosten)	8,40 „
„ Zinsen	13 813,09 „
„ diversen Eingängen	432,47 „
Summa	1 747 114,62 M.

Ausgaben.

Für Agitation	44 802,31 M.
„ Bauarbeiter-Internationale	4 490,— „
„ Erwerbslosenunterstützungen	1 181 305,05 „
„ Gemahregeltenunterstützungen	2 334,19 „
„ Gewerkschaftsbundesbeiträge	3 797,85 „
„ Konferenzen	6 230,40 „
„ Rechtsschutz und Prozeßkosten	1 441,39 „
„ Reichsversicherungsbeiträge	1 605,90 „
„ Reiseunterstützungen	8 081,— „
„ Statistik	2 150,— „
„ Sterbeunterstützungen	14 474,50 „
„ Streiks und Lohnbewegungen	12 044,64 „
„ Verbandsorgane	31 823,50 „
„ Verbrautes Werkzeug, Entschädigungen	775,— „
„ Verwaltung	34 170,33 „
„ a) zentrale	12 510,98 „
„ b) sachliche und allgemeine	2 866,35 „
„ Unterstützungsvereinigungsbeiträge	17 801,91 „
Guthaben in diversen Zahlstellen	364 409,32 „
Vermögensbestand am Quartalschluß	Summa

Mitgliederbewegung.

Im Laufe des 1. Quartals wurde 1 Zahlstelle neu eröffnet, während 5 andere aufgelöst werden mußten, so daß am Quartalschluß in 951 Zahlstellen 85 454 Mitglieder gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftsh., 3. 47. Vorstehender Rechnungsabschluss wurde von uns geprüft und mit den Belegen und Eintragungen übereinstimmend befunden.

Hamburg, am 9. Juli 1926.
G. Göte, 2. Vorstehender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, 3. 47.
Fritz Suber, Harburg a. d. E., Marienstr. 78. } Revisoren.
E. Kammann, Bbg. 5, Langerreihe 65, S. B. 1. Et. }

Unsere Lohnbewegungen.

Gestrickt wird in Daber, Alße, Polzin und Stadthagen.

Gesperret ist in Bärenstein (Zahlstelle Annaberg) die Firma Ulrich, in Halban (Zahlstelle Braun-Kaufha) die Firma Müller, in Schivelbein die Firma C. Piper.

Die Plassperre in Stabelwitz, Zahlstelle Deutsch-Dissa. Von dort wird berichtet: Die bei der Firma Guber am Neubau der Spinnerei beschäftigten 9 Kameraden stellten die Arbeit am 27. Mai ein, weil der Lohn von 108 z auf 80 z herabgesetzt wurde. Das Rauchen wurde verboten, ohne sich

wegen dieser Maßnahme mit der Betriebsvertretung in Verbindung zu setzen. Das Verhalten des Poliers wurde auch unerträglich, so daß Bündstoff genügend vorhanden war. Nach 6 Tagen Streik gelang es der Gauleitung, zur Verhandlung und zu einer annehmbaren Lösung des Streites zu kommen. Der Direktor der Spinnerei forderte aber, daß vier Bauhilfsarbeiter und ein Zimmerer auf dem Bau nicht wieder beschäftigt werden. Als Ausgleich bot die Firma Huber an, diese fünf Mann auf einer anderen Baustelle zu beschäftigen. Die Streitenden nahmen hierzu Stellung und lehnten das Verhandlungsergebnis ab, sie erblickten in der Nichtwiedereinstellung der fünf Mann auf der alten Arbeitsstelle eine Maßregelung. Am 23. Juni wurde die Sperre aufgehoben. Aus Reichsdorf (Kreis Kofel in Oberschlesien) waren so viel Arbeitswillige gekommen, daß alle Arbeitsplätze besetzt wurden.

Streik in Daber. Für Daber ist auf Grund der Vereinbarung für Pommer ein Stundenlohn von 78 M zu zahlen; die Unternehmer haben ihn auf 60 M herabgedrückt. Einspruch hiergegen wurde mit der Erklärung der Unternehmer abgetan, daß wer mit dem Lohn von 60 M nicht einverstanden sei, nicht weiter beschäftigt wird. Die Arbeit wurde daraufhin eingestellt. Der Streik erstreckt sich auf 3 Betriebe mit 25 Zimmerern.

Lohnunterschiede in Langelsheim. Mit den Unternehmern in Langelsheim ist vereinbart, daß der Stundenlohn immer 5 M weniger als in Goslar betragen soll, zur Zeit 91 M . Davon ist auch bei den zentralen Verhandlungen Ende Mai nichts geändert worden, obwohl die Unternehmer Lohnabbau forderten. Jetzt wird von den Unternehmern ein erneuter Vorstoß vorgenommen, gelingt er, so wird das Baugewerbe in Langelsheim stark erschüttert werden.

Streik in Polzin. Die Unternehmer in Polzin forderten von der Zahlstelle Verhandlungen, um den Lohn von 81 M abzubauen. Dem Verlangen wurde nicht entsprochen, sondern den Unternehmern mitgeteilt, daß für Polzin die bezüglich festgesetzten Löhne maßgebend sind. Die Unternehmer haben darauf dem Zahlstellenvorstande mitgeteilt, daß sie beschließen haben, den Lohn von 78 M auszusparen, obwohl beabsichtigt gewesen sei, ihn auf 60 \mathbb{M} herabzusetzen. So ist auch der Lohn in der Woche vom 18. bis 24. Juni zur Auszahlung gekommen. Eine Zahlstellenversammlung beschloß die Einstellung der Arbeit und Klageführung zur Erlangung des zu wenig gezahlten Lohnes.

Differenzen in Preußisch-Friedland. Von dort wird berichtet: In Preußisch-Friedland zahlte ein Unternehmer an seine Zimmerer 15 M für das laufende Meter Scheunenabund. Wer nicht in Afford arbeiten wollte, solle gehen. Anderen Zimmerern zahlte derselbe Unternehmer 55 M Stundenlohn und forderte neunstündige Arbeitszeit. Der Tariflohn ist 89 M . Die Kameraden haben das abgelehnt und geschlossen die Arbeit eingestellt. Der Vorsitzende der Zahlstelle Schneidemühl als ständiger Vertreter bei den bezirklischen Verhandlungen griff ein und trug dem Unternehmer vor, welche Pflichten er habe. Die Verhandlungen ergaben, daß der Stundenlohn von 89 M gezahlt wird, daß nur 8 Stunden den Tag und zwar im Tagelohngearbeitet wird und daß, um dringende Arbeiten fertigzustellen, die arbeitslosen Zimmerer eingestellt werden. Der gute Zusammenhalt unserer Kollegen bei diesem Unternehmer hatte noch den Erfolg, daß auch ein anderer Unternehmer von einem Lohnabbau Abstand nehmen mußte.

Lohnunterschiede in Storkow. Der Ort Storkow fällt nicht unter die bezirklische Lohnregelung. Der ortsübliche Lohn beträgt 100 M . Ein Unternehmer, der bisher Arbeit nicht hatte, konnte Zimmerer einstellen und hat sie mit 70 bis 90 M entlohnt. Die Gauleitung, die von diesem Vorgange unterrichtet wurde, griff ein und versuchte mit dem Unternehmer zu verhandeln, dieser lehnte jedoch ab. Darauf erfolgte die Einstellung der Arbeit. Mit dieser Gefährdung hatte der Unternehmer nicht gerechnet. Er bekannte sich wieder zur Zahlung des ortsüblichen Lohnes.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bernburg. Am 4. Juli fand hier eine Konferenz der Zahlstellen statt, in der Kamerad Brieger den Bericht vom Verbandstag erstattete. Anwesend waren die Delegierten der Zahlstellen Bernburg, Kienburg, Güssen, Gießfeld, Staffurt und Ascherleben. Der Bericht wurde von allen Kameraden beifällig aufgenommen und die Beschlüsse des Verbandstages wurden von den Kameraden gebilligt. Mit der Aufforderung an die Kameraden, auch fernerhin für den Verband zu werben, wurde die Versammlung geschlossen.

Emden. Am 26. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt, die sich in erster Linie mit dem Ueberstundenwesen zu befassen hatte. Einige Kameraden, die auf diesem Gebiete ihr möglichstes leisten, wurden in der Versammlung und in der vorhergehenden Vorstandssitzung zur Rechenschaft gezogen. Auch der Gauleiter, Kamerad Steffen, war in der Versammlung anwesend und führte den Kameraden die Folgen ihrer Ueberstundenarbeit vor Augen. Jeder müsse bestrebt sein, die tarifvertragliche Vereinbarung bezüglich der Arbeitszeit einzuhalten und zu beachten. Durch die Nichtbeachtung der bestehenden Vereinbarung durch die Kameraden entstünden der Verhandlungskommission in nächster Zeit große Schwierigkeiten. In der Aussprache wandten sich einige Kameraden gegen das Verhalten der Kameraden, die in reichem Maße Ueberstunden gemacht haben, und verlangten deren Ausschluß aus dem Verband. Der gestellte Antrag wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt, die betreffenden Kameraden wurden verwahrt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Bassau. Am 27. Juni fand in Pfarrkirchen eine Zimmererversammlung statt, in der auch der Gauleiter Kamerad Schönamsgruber aus München anwesend war. Kamerad Schintinger aus Bassau eröffnete die gut besuchte Konferenz und erzielte dem Gauleiter zu einem Referat das Wort. In seinen Ausführungen schilderte Kamerad Schönamsgruber die wirtschaftliche Lage und verwies auf die Aufgaben der zukünftigen

Wirtschaftspolitik. Mit allen Mitteln versuchten die Unternehmer sich den Fesseln der Zwangswirtschaft zu entziehen, um freie Bahn zu haben für die Ausplünderung der breiten Volksmassen. Weiter behandelt er den Zusammenschluß der Arbeitgeber in den Kartellen und schilderte die Preispolitik dieser Institutionen. Den Bestrebungen der Arbeitgeber, die Wirtschaft durch Lohndruck zu heben, müsse der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Die ganze Kraft der Organisation müsse eingesetzt werden, um den Maßnahmen der Unternehmer und der Regierung begegnen zu können. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß der Zusammenschluß aller Zimmerer notwendig sei, um unser Ziel zu erreichen. Kamerad Schintinger hob besonders hervor, daß die zum Schutze der Arbeitskraft erlassenen gesetzlichen Bestimmungen auch von den Kameraden beachtet werden müssen. Besonders müsse das Bau- und Platzdelegiertensystem ausgebaut werden und die vertraglichen Bestimmungen im Interesse der Arbeiterschaft an den Baustellen und Zimmerplätzen müssen durchgeführt werden. Größere Aktivität an den Arbeitsstellen sei unbedingt notwendig. Man könne nicht immer die Führer der Gewerkschaften für die vorhandenen Zustände verantwortlich machen, sondern jeder Kamerad müsse die ihm zustehenden Rechte in vollem Maße ausnutzen. In seinem Schlußwort behandelt der Kamerad Schönamsgruber nochmals die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner. Kamerad Grotentaler berichtete über den Verbandstag und verwies dabei auf den im „Zimmerer“ erschienenen Bericht. Die von dem Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung und die Neuerungen in den Unterstützungseinrichtungen der Organisation wurden eingehend besprochen. Alle Diskussionsredner waren mit dem Verbandstagsbericht einverstanden und billigten die Beschlüsse. Kamerad Schintinger sprach weiter über die Durchführung der erhöhten Beiträge im Zahlstellengebiet. Jeder Kamerad müsse die Beschlüsse des Verbandstages respektieren und den Beitragskassierer bei der Ausübung seiner Tätigkeit unterstützen. Die finanzielle Küftung des Verbandes sei notwendig, wolle man die zukünftigen Aufgaben lösen. An der Hand von Zahlen erläuterte Kamerad Schintinger die Ausgaben der Hauptkasse im letzten Jahre und verwies auf die jetzt noch herrschende Erwerbslosigkeit in unserem Berufe, die große Ausgaben für die Hauptkasse verursache. Es wurden weiter örtliche Verhältnisse besprochen und auf die Arbeitsverhältnisse der bei der Kottregulierung beschäftigten Arbeiter hingewiesen. Heute würden an dieser Baustelle noch 42 bis 50 M Stundenlöhne gezahlt. Schuld an diesen Missetänden seien vor allen Dingen die schlechten Organisationsverhältnisse der bei dem Kulturbauamt beschäftigten Arbeiter. Kamerad Schintinger richtete dann am Schluß der Versammlung einen Appell an die Kameraden und erbat, daß Vorgetragene zu beherzigen und in die Tat umzusetzen.

Potsdam. Inseere am 21. Juni in Nowawes abgehaltene Versammlung war nur mäßig besucht, so daß der Bericht vom Verbandstag nicht erstattet werden konnte. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem Rundschreiben der Gauleitung, in dem die Vereinbarung über die Löhne im Gaugebiet mitgeteilt wurden. Für unser Lohngebiet kommt ein Lohnabbau nicht in Frage, sondern nur für das Gebiet Grenzmark. Mit allen Mitteln müsse versucht werden, die Bestrebungen der Unternehmer zu inhibieren, die darauf abzielen, die Arbeiten nach den ländlichen Gebieten zu verlegen, weil die Löhne dort geringer seien. Anschließend wurde der Kartellbericht erstattet und hervorgehoben, daß die Kameraden sich an dem am 17. und 18. Juli stattfindenden Sportfest beteiligen sollten. Weiter wurde auf das am 18. August stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam gemacht. In die Agitationskommission für die Konsumgenossenschaftsbewegung wurde Kamerad Jinnow gewählt. Anschließend wurde der Fall mit dem Unternehmer Pomerer, der vor dem Gewerbegericht eine Rolle spielte, besprochen und den Kameraden die Schäden der Affordarbeit vor Augen geführt. Die Versammlung stimmte dem Antrag der Zahlstelle, sich an der Zahlstellenfeier in Brandenburg zu beteiligen, zu. Die Kameraden, die sich an der Fahrt nach Brandenburg beteiligen wollen, sollen sich in die an den Bezirksabenden aufliegenden Listen einzeichnen. Zur Deckung der Unkosten für den Volkstentheid wurden den zuständigen Stellen 150 M aus der Lokalkasse überwiesen. Zum Schluß wurde nach auf die am 19. Juli in Nowawes stattfindende Versammlung hingewiesen.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Ein folgenschwerer Baunfall ereignete sich am 7. Juli auf einem Neubau am Stubenrauch-Ring in Brix. Auf einem der dort in der Ausführung begriffenen Neubauten stürzte aus beträchtlicher Höhe ein 6 Meter langer und 2 Zentner schwerer Balken in die Tiefe und traf den unten beschäftigten 41jährigen Zimmerer Wegener aus der Stubbenlammerstraße 6 am Kopf. Wegener erlitt einen doppelten Schädelbruch und wurde sofort in das nahegelegene Briker Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung starb.

Die Zwischentkredite für den Wohnungsbau verlängert. Zum Beginn der Bautätigkeit im März dieses Jahres hatte das Reich einen Kredit von 200 Millionen Mark für den Wohnungsbau bereitgestellt. An die Ausleihung des Geldes wurden aber Bedingungen geknüpft, die die praktische Inanspruchnahme sehr gehindert haben. Trotz des starken Bedürfnisses an ersten Hypotheken und des großen Wohnungsmangels war die Nachfrage nach diesem Kredit wider Erwarten außerordentlich gering. Erschwerend für die Kreditnehmer waren die kurze Rückzahlungsfrist von 7 Monaten und die hohen Verzugszinsen für die Ueberfreitung der Frist. Dieses Geld des Reiches sollte allerdings dem Baumarkt nur vorübergehend dienen, nur als Zwischentkredit gelten, und durch Umwandlung in Dauerhypotheken, die von Hypothekenbanken, Kommunen und dergleichen zu geben wären, abgelöst werden. Die Sicherheit, daß dies innerhalb 7 Monaten geschehen könnte, war nicht so groß, daß verantwortungsvolle Bauleiter unbedenklich den Kredit in Anspruch nehmen konnten.

Kunmehr ist die Dauer der Bereitstellung des Kredites auf 3 Jahre verlängert worden und wird dadurch erst zu einer wirklichen Hilfe für das Baugewerbe; denn in dieser

Zeit wird sich die Beschaffung der Ersatzmittel, die Fundierung der als Zwischentkredit gegebenen Gelder bewirken lassen, wenn nicht inzwischen andere Entschlüsse gefaßt werden, die den Kredit als dauernden anerkennen. Ueber den Teilbetrag von 10 Millionen Mark kann der Reichsfinanzminister gesondert verfügen und daraus Darlehen bis auf 15 Jahre Laufzeit geben.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 19. Juli:
Dortmund: Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im „Thüringer Hof“, Ecke Wallinford- und Uhlendstraße. — Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Pfast, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Dienstag, den 20. Juli:
Dortmund, Bezirk Dorffeld: Abends 7 Uhr bei Schulte. — Elmshorn: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Königsberg: Abends im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 22. Juli:
Dortmund: Abends 7 Uhr bei Vogell, Münsterstr. 2. — Dortmund, Bezirk Castrop: Abends 7 Uhr bei Schlüter, Kriegerdenkmalstraße. — Lauban: Nach Feierabend im Volkshaus.

Sonntag, den 24. Juli:
Arnswalde: Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Sattingen a. d. R.: Abends 7 Uhr bei Vietz, Sprothöveler Straße. — Rendsburg: Abends 8 Uhr im Wende-Gasthaus, Obereiderstraße.

Sonntag, den 25. Juli:
Altötting, Bezirk Simbach: Vormittags 9½ Uhr im „Stern“ in Simbach. — Berlinchen: Im Lokal „Neues Schützenhaus“. — Bergen a. Rügen: Nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagerstraße. — Dortmund, Bezirk Datteln: Abends 7 Uhr bei Stahlhut, Am Markt. — Dortmund, Bezirk Unna-Kamen: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in Unna. — Neckermünde: Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sterbetafel.

Aken. Am 18. Juni verunglückte tödlich unser junger Kamerad Max Gillmoister im Alter von 17 Jahren.
Berlin. Am 24. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad Fritz Nöhrenheim, Bezirk 17, im Alter von 32 Jahren infolge Ueberfahrens durch einen Autobus. — Am 25. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad Hermann Müller, Bezirk 8, im Alter von 59 Jahren an Wassersucht. — Am 1. Juli verstarb unser Mitglied, der Kamerad Erwin Kaldonbach, Bezirk 3, im Alter von 25 Jahren an Lungentuberkulose.
Braunschweig. Am 4. Juli starb an den Folgen eines Unfalles unser langjähriges Mitglied, Kamerad Heinrich Eikenroth im Alter von 53 Jahren.
Demmin. Am 21. Dezember 1925 starb unser Kamerad Otto Röbke. — Am 18. Mai 1926 starb infolge Unglücksfalles der Lehrling Reinhold Theßner.
Grausac. Am 3. Juli starb nach längerem Leiden unser Kamerad Aug. Wilko im Alter von 70 Jahren.
Weimar. Am 26. Juni starb unser Kamerad Willy Rücker aus Mellingen im 30. Lebensjahre an einem Lungenleiden.
Ghre ihrem Andenken!

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 7. August, in den Gesamtträumen des „Saalbau Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16—23,

43. Stiftungsfest.

Nachmittags ab 4 Uhr Gartenkonzert, ausgeführt von Mitgliedern des Deutschen Musikerverbandes, Gesangverein „Liederkreunde Norden“ (Mitglied des A.-S.-B.), Turnverein „Fichte“. Abends in beiden Sälen: Tanz.
Eintrittspreis einschließlich Tanz, Steuer und Nachtsteuer 1 Mark. [9 M.] Der Festausschuß.

Zahlstelle Hamburg und Umgegend.

Jungkameraden!

Unser Gaujugendtag

findet am 31. Juli und 1. August in Lüneburg statt. Anmeldungen werden durch Bezahlung von 2,60 M . im Bureau unseres Verbandes entgegengenommen. Unbemittelte können sich zwecks Ersatz der Unkosten melden. Sämtliche Teilnehmer müssen in der nächsten Versammlung am 26. Juli im Jugendheim des Gewerkschaftshauses erscheinen; daselbst werden die letzten Anmeldungen entgegengenommen. Einen Grund, sich nicht zu beteiligen, gibt es nicht. Die älteren Kameraden werden gebeten, die Jungkameraden hierauf aufmerksam zu machen. [11,25 M.] Der Jugendleiter.

Zahlstelle Weizenburg i. B.

Lokalunterstützung an reisende Kameraden kann bis auf weiteres nicht mehr gewährt werden. [3,75 M.] Der Vorstand.

Der Zimmerer Ludwig Dürr aus Schwarzenbach a. d. S. wird in dringender Angelegenheit um Rückkehr ersucht.

A. Dürr, Schwarzenbach a. d. S., Oberfranken, [3,75 M.] Kirchenlamitzer Straße 2.

Gustav Glaubig, fremder Zimmerer aus Dommitzsch, sende Deine Adresse an den Mitgliedslisten der fremden Zimmerer in Stuttgart. Gichstr. 17, in einer dringenden Angelegenheit. [3 M.]